



Regionalbericht Asien und Ozeanien

**Das fragile Dreieck: Demokratie,
Marktwirtschaft und Governance**

von Aurel Croissant und Christoph Trinn

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026029

Regionalbericht BTI 2026

Asien und Ozeanien

Das fragile Dreieck: Demokratie, Marktwirtschaft und Governance

von Aurel Croissant und Christoph Trinn*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Nordkorea, Pakistan, Papua-Neuguinea, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Taiwan, Thailand, Timor-Leste und Vietnam



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Aurel Croissant und Christoph Trinn, Das fragile Dreieck: Demokratie, Marktwirtschaft und Governance — BTI 2026-Regionalbericht Asien und Ozeanien, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026.

* Prof. Dr. Aurel Croissant ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Dr. Christoph Trinn forscht und unterrichtet Politikwissenschaft an selbiger Universität. Beide sind die BTI-Regionalkoordinatoren für Asien und Ozeanien.

Einleitung

Asien und Ozeanien ist nach Bevölkerung, Fläche und Wirtschaftsleistung die größte und bedeutendste der sieben BTI-Regionen. Die insgesamt 22 Länder lassen sich drei Subregionen zuordnen: Südasien, Südostasien und Nordostasien. Südostasien bezeichnet heute die Länder östlich von Indien und südlich von China und erstreckt sich über die aktuell zehn Mitgliedsstaaten der Assoziation Südostasiatischer Nationen (ASEAN) sowie Timor-Leste, das im Oktober 2025 dem Regionalverbund beitreten wird. Hinzu kommen sieben Staaten in Südasien, vier Länder in Nordostasien sowie der ozeanische Inselstaat Papua-Neuguinea. Diese historisch gewachsenen Teilregionen sind miteinander ökonomisch, politisch, historisch, kulturell, sozial, religiös und auch zunehmend digital verflochten. Insbesondere China und Indien haben historisch einen besonders starken Einfluss und prägen auch aktuell die wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse in der Gesamtregion.

Die Größe der Region geht einher mit einem breiten Spektrum an politischen und wirtschaftlichen Transformationspfaden und Formen von Governance. In Nordostasien ist dies auf engem Raum zu sehen. In keiner anderen Weltregion liegen konsolidierte Demokratien mit funktionierender Marktwirtschaft und harte Autokratien mit rudimentärer oder eingeschränkter Marktwirtschaft geographisch so nah beieinander wie auf der koreanischen Halbinsel oder in der Taiwanstraße. Ähnlich divers sind die Entwicklungen in Süd- und Südostasien. Während Afghanistan und Pakistan erneut deutliche Transformationsrückschritte verzeichneten, zeigten sich in Sri Lanka und insbesondere in Bangladesch Verbesserungen im Berichtszeitraum 2023–2024. In Bhutan und Nepal ist ein Voranschreiten der politischen und wirtschaftlichen Transformation weiter sichtbar, wenngleich sie sich im wirtschaftlichen Bereich auf niedrigem Niveau vollzieht. In Südostasien stocken die meisten Transformationsprozesse, auch wenn dramatische Verschlechterungen ausgeblieben sind. Malaysia, das seit 2018 einen demokratischen Systemwechsel durchläuft, konnte die politische und wirtschaftliche Transformation vertiefen. Allerdings wird dieses Positivbeispiel überschattet von dem humanitären Leiden in dem von Bürgerkrieg und Naturkatastrophen heimgesuchten Myanmar sowie dem Aufflackern alter und neuer Gebietskonflikte etwa zwischen Thailand und Kambodscha oder zwischen China und den regionalen Anrainerstaaten im Südchinesischen Meer.

Für die große Mehrzahl der Länder in der Region gilt, dass Demokratie und Marktwirtschaft weiterhin unter Druck stehen. Zwar gab es nur wenige sichtbare Rückschritte, da sich die Verschlechterung zuvor erreichter Standards von Demokratie, Marktwirtschaft und Governance im Beobachtungszeitraum des BTI 2026 verlangsamt hat. Substantielle Fortschritte beschränken sich jedoch ebenfalls auf wenige Fälle. Gleichzeitig treten autokratische oder antipluralistische Akteure in einem sich verändernden internationalen Umfeld nach außen immer selbstbewusster auf. Das gilt nicht nur für China, Indien und Singapur, sondern inzwischen auch für Nordkorea, einem der geopolitischen „Gewinner“ des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, und für Staaten wie Indonesien, Kambodscha und Pakistan. Dominierten in den 1990er und 2000er Jahren die Governance-Vorstellungen und Empfehlungen westlicher Geberländer, hat insbesondere der Aufstieg Chinas eine entscheidende Wende gebracht. So können Regierungen in asiatischen Transformationsländern immer häufiger zwischen mehreren möglichen Partnern wählen. Dies droht einerseits Bemühungen westlicher Staaten zur Förderung von Demokratie und nachhalti-

ger Entwicklung, die keinesfalls konsistent waren und sind, zu konterkarieren. Es führt andererseits dazu, dass asiatische Regierungen zunehmend gegenüber westlichen Ländern eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe anstreben. Das gilt gerade auch für Autokratisierer in BRICS-Staaten wie Indonesien und Indien. Was im hier abgesteckten Berichtszeitraum noch nicht zur Geltung kam, aber weiter zu beobachten sein wird, sind die Auswirkungen der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der zweiten Trump-Administration im Indo-Pazifik-Raum. Bereits jetzt deutet vieles darauf hin, dass sie Staaten wie Indien und Vietnam in die chinesische Partnerschaft drängt, traditionelle Verbündete wie Südkorea und Taiwan verunsichert und allgemein eher die sino-amerikanische Machtbalance zugunsten Beijings verschieben könnte.

Tatsächlich untergräbt im indo-pazifischen Raum insbesondere der Aufstieg Chinas als Geber von Entwicklungshilfe, politischer und militärischer Unterstützung sowie ideologischer Inspiration die westliche diskursive Hegemonie, die seit den 1980ern bis in die 2000er Jahre hinein die Standards guter Regierungsführung geprägt hatte. Viele Jahre lang basierten Diskurse über Regierungsführung in Asien und Ozeanien überwiegend auf westlichen Erfahrungen und Wissenssystemen, und die Regierungssysteme vieler asiatischer Gesellschaften waren maßgeblich von westlichen Theorien und Praktiken beeinflusst, was zur Schaffung und Umsetzung hybrider Regierungsmodelle führte, die westliche und lokale Elemente verbinden. Inzwischen hat sich die Situation jedoch erheblich verändert. Auch wenn es kein einheitliches „asiatisches Regierungsmodell“ gibt, ist die außergewöhnliche liberale westliche Hegemonie, in der Liberalismus und Demokratie als universelle und alternativlose Werte galten, erodiert und wird auch weiterhin erodieren (Cooley & Dukalskis 2025). Darüber hinaus gibt es inzwischen einen florierenden Wissenstransfer zwischen den Ländern des weit gefassten indo-pazifischen Raums. Dies hat die Abkehr von einem einseitigen Wissenstransfer vom Westen nach Osten und vom Norden nach Süden verstärkt. Angesichts schwieriger Kontexte im Globalen Norden und veränderter Bedingungen im Globalen Süden ist die Förderung demokratischer Transformationsprozesse in den Geberländern stärker umstritten und in den Empfängerländern schwieriger umzusetzen.

Politische Transformation

Im Beobachtungszeitraum des BTI 2026 haben in Asien und Ozeanien keine politischen Systemwechsel stattgefunden. Es gibt in der Region weiterhin insgesamt 12 Autokratien sowie 10 Demokratien. Taiwan und Südkorea sind die einzigen asiatischen Demokratien ohne allzu gravierende Defekte. Taiwan legte ein bemerkenswertes Maß an demokratischer Resilienz unter äußerem Druck an den Tag. Doch deuteten Entwicklungen zuletzt darauf hin, dass die Zunahme an gesellschaftlicher Polarisierung, der Aufstieg populistischer Politiker und die Einflussnahme externer Akteure zunehmend die Demokratie schwächen könnten. Südkorea musste unter dem inzwischen seines Amtes enthobenen Staatspräsidenten Yoon Suk-yeol sogar eine demokratiebedrohende Krise bewältigen, was sich in einem Rückgang des Demokratiestatus um -0,55 Punkte gegenüber dem BTI 2024 widerspiegelt. Schon der BTI 2024 hatte dem konservativen Präsidenten einen Hang zur Autokratisierung attestiert. Die Verhängung des Kriegsrechts in den späten Abendstunden des 3. Dezember 2024 war jedoch für Beobachter und Bürger gleichermaßen ein Schock. Yoon begründete seinen Schritt mit der Bedrohung durch nordkoreanische „skrupellose pro-Pjöngjang, anti-staatliche Kräfte“ im Parlament, welche unter der Führung der größten Oppositionspartei eine „parlamentarische Diktatur“ etabliert hätten (zitiert nach Korea Joong Ang Daily 2024). Zwar scheiterte der Versuch, die Demokratie auszuhebeln, bereits nach wenigen

Stunden am Widerstand des Parlaments und der Zivilgesellschaft. Der Rückgang im Demokratiestatus reflektiert jedoch nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen des Selbstputsches auf die demokratischen Institutionen, sondern auch, die Erosion des demokratischen Konsenses unter den politischen Eliten sowie die zunehmende Polarisierung der koreanischen Politik, welche dem gescheiterten auto golpe vorausgingen und durch die Ereignisse noch verstärkt wurden.

Gleichfalls verschlechterte sich im Berichtszeitraum die Qualität der Demokratie in Indonesien. Hauptverantwortlich war Ex-Präsident Joko Widodo (Jokowi), der nach zwei Amtszeiten versuchte, sich trotz Wiederwahlverbots im Amt zu halten. Da eine Änderung der Verfassung, die ihm eine dritte Amtszeit hätte ermöglichen können, politisch nicht durchsetzbar war, verlegte sich Jokowi darauf, seine Söhne und seinen Schwager zu seinen politischen Nachfolgern aufzubauen. Kernstück dieser dynastischen Politikstrategie war eine Allianz mit seinem früheren Rivalen Prabowo Subianto. Jokowi unterstützte dessen Präsidentschaftskandidatur, sofern Prabowo Jokowi's unerfahrenen Sohn Gibran als Vizekandidat akzeptierte. Um dies zu ermöglichen, hebelte Jokowi über das Verfassungsgericht die Mindestaltersregel für eine Kandidatur aus – ein Verfahren, das stark kritisiert wurde, da der damalige Gerichtspräsident zugleich Jokowi's Schwager war und später wegen eines Ethikverstosses abgesetzt wurde. Schließlich galt die Präsidentschaftswahl vom Februar 2024 als die unfairste seit der Demokratisierung 1998. Prabowo und Gibran erhielten massive Unterstützung von Staatsapparat, lokalen Amtsträgern, Medien, Armee und Polizei. Zusätzlich wurden große Summen an öffentlichen Geldern an ärmere Wähler verteilt, um deren Unterstützung für das Ticket Prabowo-Gibran zu sichern. Damit führte Jokowi Indonesiens Demokratie an die Schwelle zur Autokratie. Auch der neue Präsident Prabowo Subianto, Schwiegersohn des 1998 gestürzten Diktators Suharto und ehemaliger General, der verdächtigt wird, für drastische Menschenrechtsverletzungen im autoritären Regime verantwortlich zu sein, steht liberalen Demokratievorstellungen skeptisch gegenüber. Unter seiner Führung ist die Rückkehr des Militärs ins Zentrum der Politik besonders augenfällig – ein Trend, der sich auch nach Ende des Untersuchungszeitraums 2025 fortsetzte.

Die übrigen sieben Demokratien weisen mehr oder weniger starke Defekte auf. Das betrifft insbesondere Indien und die Philippinen, wenngleich sich die Demokratieerosion in beiden Ländern verlangsamt hat. In Indien brachten die Parlamentswahlen 2024 einige überraschende Niederlagen für die regierende BJP mit sich; sie war gezwungen, eine Koalitionsregierung zu bilden. In diesen beiden Ländern dominieren weiterhin anti-pluralistische Vetoakteure die politischen Institutionen und Verfahren, stehen politische Freiheiten und bürgerliche Rechte unter Druck und bleibt das Rechtssystem anfällig für den Missbrauch durch die Herrschenden. So ist beispielsweise die Amtszeit des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos Jr., dem Sohn des ehemaligen Diktators Ferdinand Marcos Sr., bislang vor allem geprägt durch anhaltende Machtkämpfe zwischen konkurrierenden Elitezirkeln und politischen Dynastien.

Unter den Demokratien im BTI 2026 haben lediglich Malaysia (+ 0,60 Punkte) und Sri Lanka (+0,35 Punkte) eine deutliche positive Entwicklung genommen. Nach dem demokratischen Übergang von 2018 und der Covid-Pandemie gelang es der von Premierminister Anwar Ibrahim geführten Einheitsregierung in Malaysia in den Jahren 2023 und 2024, durch parteiübergreifende Kompromisse eine gewisse politische Stabilität zu wahren, die Handlungskapazität von Regierungsbehörden voranzutreiben sowie die Kompetenzen des Rechnungshofes zu stärken und eine Reform der Parteienfinanzierung zu erreichen. Gleichzeitig bestehen erhebliche Defi-

zite: Die Meinungsfreiheit ist weiterhin eingeschränkt, die geplanten Änderungen des Mediengesetzes wurden aufgrund stärkerer Kontrolle und repressiver Maßnahmen kritisiert und das Justizsystem bleibt anfällig für Vereinnahmung im Sinne einer selektiven politischen Strafverfolgung. Auch für Sri Lanka verzeichnet der BTI 2026 eine demokratische Erholung nach den Krisenjahren der Herrschaft der Brüder Rajapaksa, die die Politik des Inselstaates seit Mitte der 2000er Jahre geprägt hatten. Während sich die Wirtschaftslage unter Präsident Ranil Wickremesinghe, der 2022 inmitten einer schweren Schulden- und Wirtschaftskrise das Präsidentenamt übernahm, spürbar verbesserte, war seine Amtszeit zugleich von Vorfällen geprägt, die bürgerliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prinzipien schwächten. Überraschend wurde Wickremesinghe jedoch im September 2024 abgewählt. Der neue Präsident, Anura Kumara Dissanayake vom linken Bündnis der National People's Power, verfügt über ein umfassendes Mandat über alle Volksgruppen hinweg. Ein solches wird er angesichts der vielen geplanten politischen und wirtschaftlichen Reformen auch benötigen.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratie	defekte Demokratie	stark defekte Demokratie	gemäßigte Autokratie	harte Autokratie
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Taiwan	Timor-Leste	Indonesien ▼	Singapur	Thailand
Südkorea	Bhutan	Philippinen	Papua-Neuguinea	Vietnam
	Sri Lanka		Bangladesch	Pakistan
	Nepal			China
	Indien			Laos
	Malaysia ▲			Kambodscha
				Nordkorea
				Afghanistan
				Myanmar ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

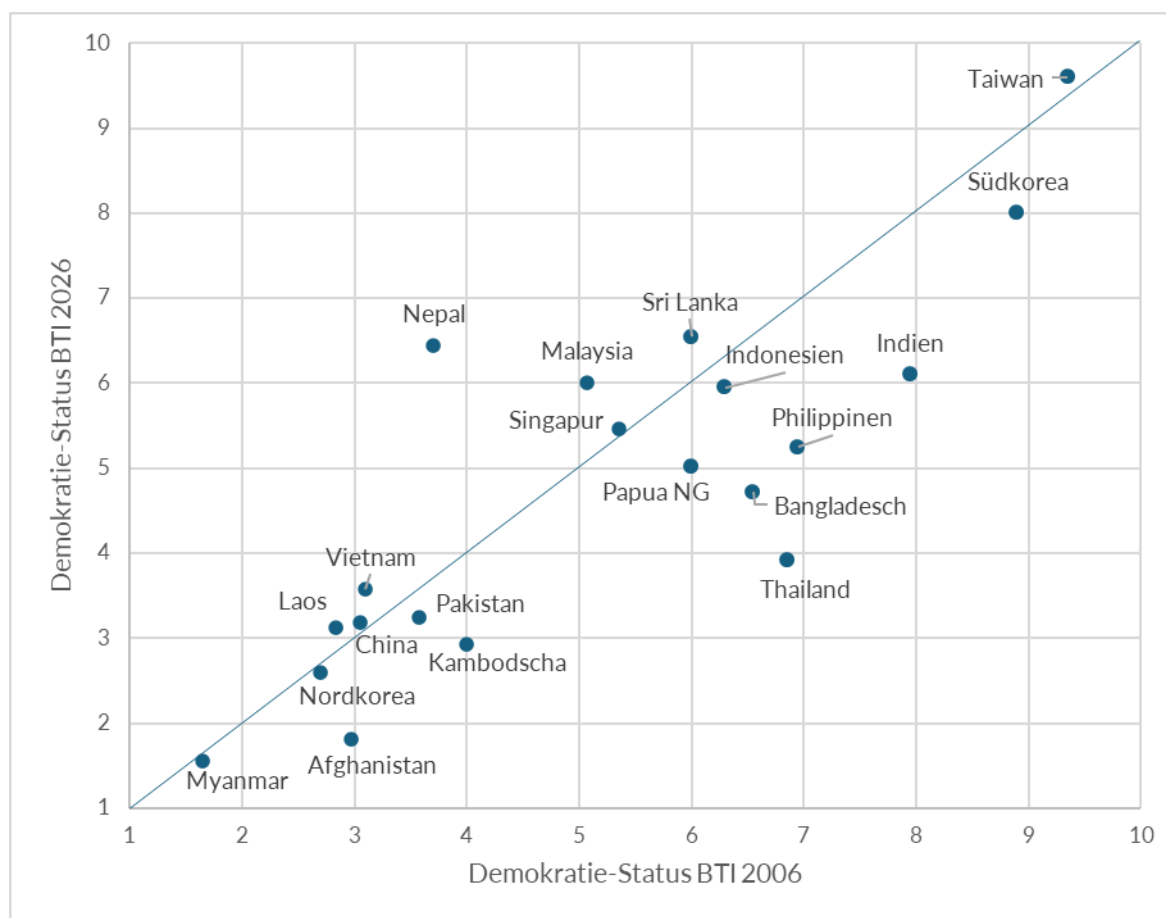
Die insgesamt 12 Nicht-Demokratien in Asien und Ozeanien lassen sich in gemäßigte und harte Autokratien unterscheiden. Diese Differenzierung orientiert sich am Gesamtwert der politischen Transformation, in den auch unterschiedliche Grade der Staatlichkeit einfließen. Zugleich lässt sich differenzieren zwischen konsolidierten Autokratien und solchen, die einen Prozess der autokratischen „Verhärtung“ durchlaufen. Konsolidierte Autokratien erreichen ein Niveau an Elitenkohäsion und Bevölkerungskontrolle, das sie als „the only game in town“ etabliert (Lott & Croissant i.E.). Kennzeichen sind geringe Protestaktivität, wenige sichtbare Elitenkonflikte und das Ausbleiben regimebedrohender Krisen. Zwar verfügen diese Autokratien in aller Regel über ein gesichertes Gewaltmonopol, ihre Konsolidierung beruht jedoch nicht allein auf Repression, sondern auf einem Gleichgewicht aus Repression, Kooptation und Legitimation (Gerschewski 2023). So zeigen die Daten des BTI, dass konsolidierte Autokratien in Asien vergleichsweise moderat oder „weich“ gegenüber Eliten und Untertanen auftreten (Singapur) oder auch sehr repressiv oder gar totalitär ihren Herrschaftsanspruch schützen können (Nordkorea). Generell zeigt sich innerhalb der Gruppe der konsolidierten Autokratien (China, Laos, Nordkorea, Singapur, Vietnam) seit vielen Jahren keinerlei signifikante Bewegung in Richtung Demokratie (vgl. Abb. 1). Autoritäre Machtkonzentration und politische Personalisierung wie in China unter Xi

Jinping, Umbildungen innerhalb der Führung des Partei-Staates wie jüngst in Laos, die zeitweise Aussetzung ansonsten strikter Regeln der innerparteilichen Machtteilung wie in Vietnam nach dem Tod des Generalsekretärs Nguyen Phu Trong und geordnete Führungswechsel wie in Singapur, wo im Mai 2024 Lawrence Wong die Nachfolge von Lee Hsien Loong als Premierminister antrat, sind in diesem Sinne alle als Ausdruck einer weitgehenden Konsolidierung nicht-demokratischer Herrschaft zu deuten.

Die Fälle der autokratischen Verhärtung sind demgegenüber anders einzuschätzen. Ihre repräsentative Entwicklung verschließt zuvor vorhandene Möglichkeiten der politischen und bürgerlichen Teilhabe, meist durch Stärkung ihrer Zwangskapazitäten und des Gewaltmonopols. Dennoch bleiben sie aber umstritten und verletzlich, was sich in sporadischen Massenprotesten, Elitenkonflikten sowie Krisen und Instabilität äußert. Verhärtung ist oft eine Reaktion auf manifeste oder latente Bedrohungen der Stabilität einer inhärent umstrittenen Herrschaftsordnung. Im Berichtszeitraum des BTI 2026 hat die Verhärtung der latent instabilen Autokratien wie Pakistan (-0,40), Myanmar (-0,18), Kambodscha (-0,10) und Afghanistan (-0,05) weiter zugenommen. Autoritäre Verhärtung kann auch Protestreaktionen auslösen und, wenn die Regierung mit Repression auf Widerstand reagiert, eine gegenteilige Wirkung entfalten, die die Autokratie letztlich zum Einsturz bringt. Im BTI 2026 war das in Bangladesch der Fall. Das im BTI 2024 als latent gefährdet charakterisierte autoritäre System der seit 2009 regierenden Premierministerin Sheikh Hasina erlebte von Mitte Juli bis Anfang August 2024 einen Volksaufstand. Als Studenten gegen Diskriminierung bei Aufnahmeprüfungen für öffentliche Stellen protestierten, reagierte das Regime mit Folter und Misshandlungen. Laut verschiedener Berichte wurden rund 1.400 Menschen von Sicherheitskräften, Geheimdiensten und Anhängern der amtierenden Regierung getötet. Dennoch konnte das Regime seine Macht nicht aufrechterhalten. Eine Übergangsregierung unter der Leitung des Nobelpreisträgers Muhammad Yunus übernahm die Amtsgeschäfte. Seither wurden mehrere Programme für verfassungsrechtliche, politische und wirtschaftliche Reformen entwickelt. Das drückt sich aus in einer Verbesserung des Demokratieindex von 4,03 im BTI 2024 auf 4,72 im BTI 2026.

Es lohnt der Blick auf die besonders von Rück- oder Fortschritten betroffenen Indikatoren der Demokratie sowie auf die Veränderungen über einen längeren Zeitraum. Für beides bietet der BTI inzwischen ausreichend weit zurückreichende historische Daten – ein großer Vorteil der langfristig angelegten Datenerhebung. Abbildung 1 zeigt einen deutlichen Rückgang des Niveaus der demokratischen Transformation in sieben von neun Ländern, die im BTI 2006 als Demokratien klassifiziert wurden. Lediglich in Sri Lanka und Taiwan hat sich dieses Niveau verbessert. Hinzu kommen demokratische Systemwechsel in Malaysia (seit 2020 als Demokratie im BTI kategorisiert) und in Nepal (zwischen 2010 und 2012 und seit 2016 Demokratie im BTI). Eine positive Entwicklung zeigt sich insgesamt auch in Bhutan (seit 2008 im BTI, seit 2014 als defekte Demokratie eingeordnet) und Timor-Leste (seit 2020 im BTI und seitdem als Demokratie geführt), allerdings eignen sich die beiden sehr kleinen und peripheren Demokratien aufgrund ihrer Besonderheiten kaum für allgemeine Rückschlüsse über die Region. Umgekehrt weisen die meisten der 2006 als Autokratien klassifizierten Systeme nur geringe Veränderungen auf. Ausnahmen sind die verhärteten Autokratien in Afghanistan, Kambodscha und Pakistan.

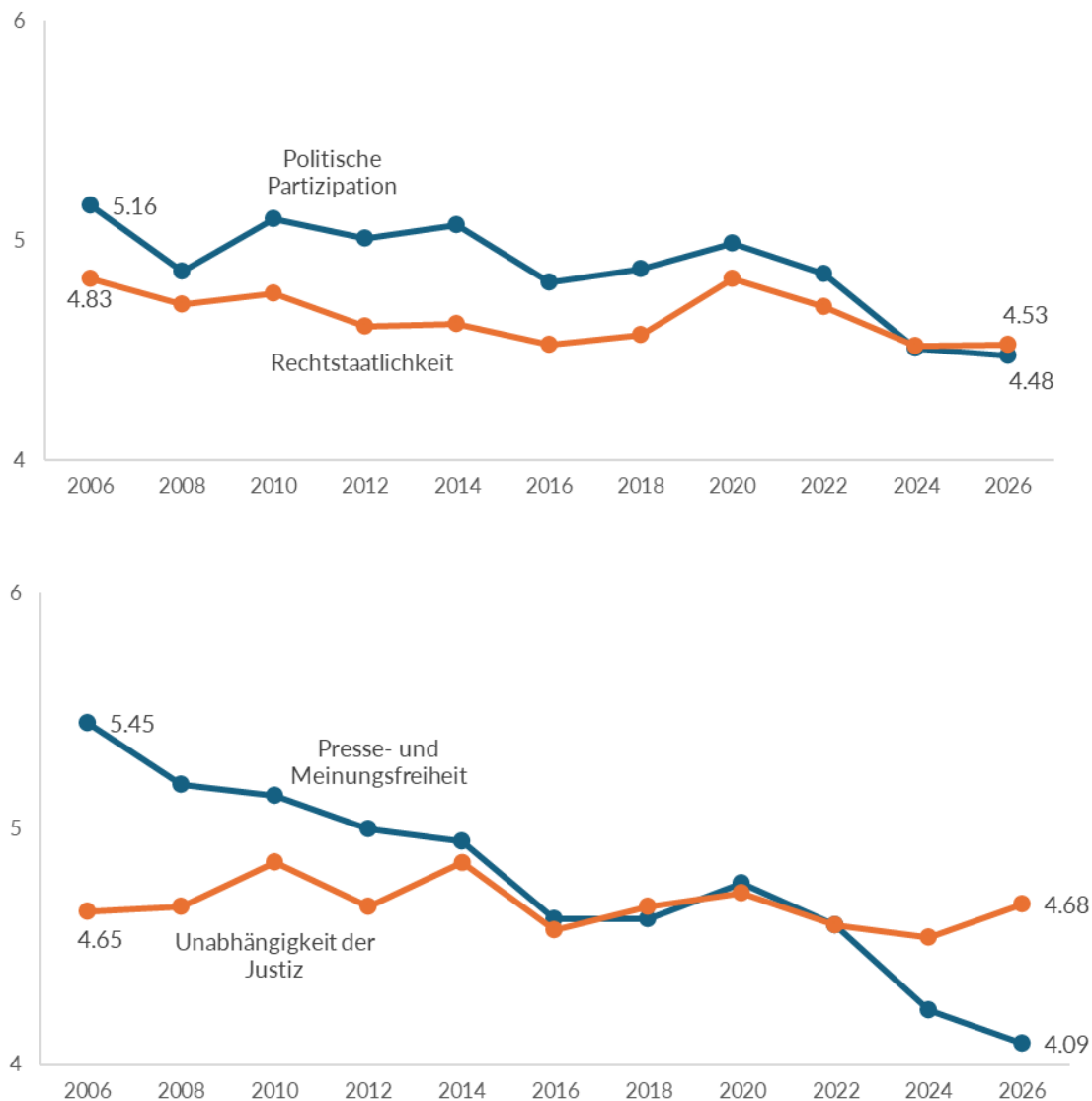
Abb. 1: Politische Transformation im Zwanzigjahresvergleich



Amerkung: Ohne Bhutan und Timor-Leste, die im BTI 2006 nicht untersucht wurden.

Schließlich zeigt Abb. 2, welche Demokratieindikatoren im BTI 2026 besonders stark von Veränderungen in positiver oder negativer Hinsicht betroffen waren, und setzt diese in einen breiteren Kontext. Zunächst zeigt sich, dass einerseits die Presse- und Meinungsfreiheit (Q2.4) – wie schon in den Jahren zuvor – besonders unter Druck war (-0,14 Punkte). Umgekehrt hat die Unabhängigkeit der Justiz (Q3.2) sich um 0.13 Punkte verbessert. Diese doch recht moderaten Veränderungen sind aber eingebettet in eine umfassendere Entwicklung der beiden zentralen Teilbereiche eines „schlanken“ Demokratieverständnisses, welches sich auf die beiden Kernbereiche der politischen Partizipation (u.a. auch Indikator 2.4) und der Rechtsstaatlichkeit (u.a. auch Indikator 3.2) beschränkt. Das deutet darauf hin, dass zumindest in Asien und Ozeanien die Vorstellung einer „Entkopplung“ der elektoralen und liberalen Dimensionen freiheitlicher Demokratie, mit relativer Stabilität demokratischer Minimalstandards im Bereich politischer Teilhabe und Wettbewerb sowie einer weitaus stärker von Rückschritten betroffenen zweiten Dimension (Ding & Slater 2021) einer empirischen Überprüfung im Langzeitvergleich nicht standhält. Vielmehr beobachten wir eine Sequenz der „demokratischen Erosion“, bei der, basierend auf einem niedrigen Ausgangsniveau, zuerst die liberale Seite der rechtsstaatlichen Demokratie betroffen ist, die elektorale Komponente des demokratischen Systems auf Dauer aber ebenfalls nicht verschont bleibt.

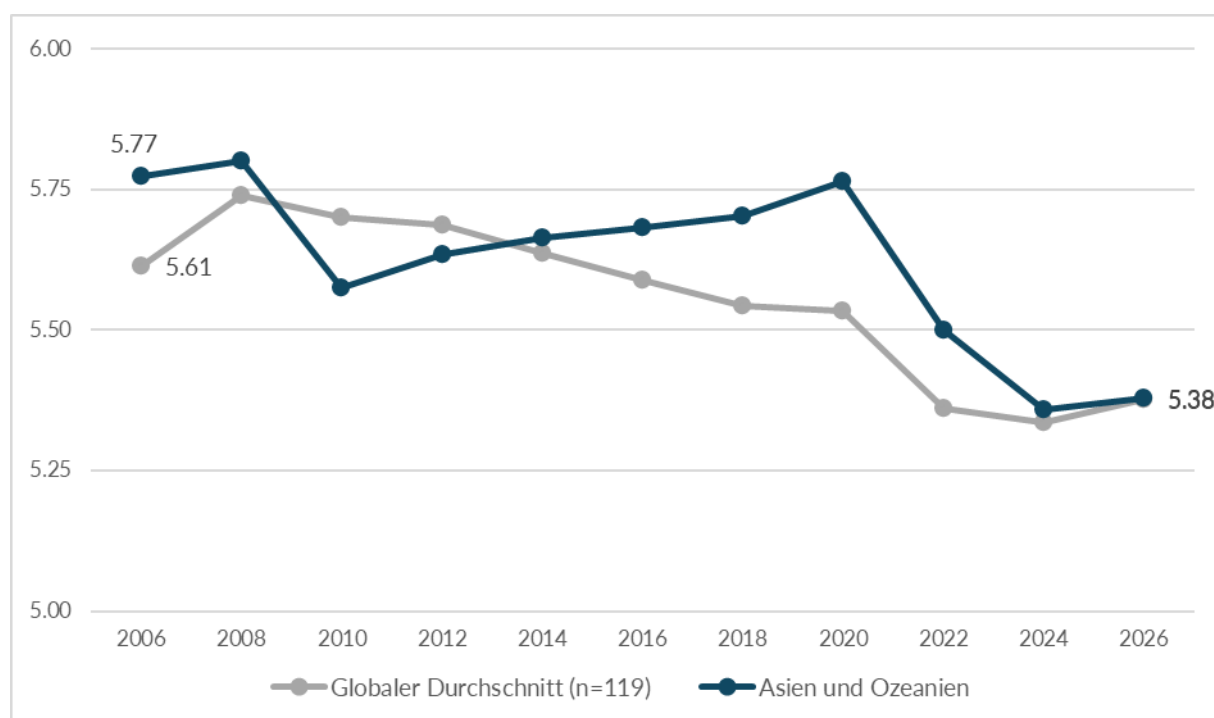
Abb. 2: Kriterien und Indikatoren der politischen Partizipation und Rechtsstaatlichkeit (BTI 2006–2026)



Wirtschaftliche Transformation

Im Berichtszeitraum befand sich die Region Asien und Ozeanien an einem Wendepunkt zwischen Erholung und strukturellem Wandel. Die unmittelbaren Folgen der COVID-19-Pandemie sowie der weltweiten Energie- und Nahrungsmittelpreisschocks von 2022 sind zwar abgeklungen (vgl. Abbildung 3), doch ihre längerfristigen Nachwirkungen – beschleunigte Teuerung, zunehmende Anfälligkeit vieler Staaten durch hohe Schuldenlasten und die Neuordnung internationaler Lieferketten – prägen weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Anstelle eines einheitlichen Entwicklungspfades trat eine zunehmende Aufsplitterung in unterschiedliche Geschwindigkeiten des Wachstums, die nicht allein durch geografische Lage oder Rohstoffausstattung, sondern in erheblichem Maße auch durch die Qualität staatlicher Institutionen und die Fähigkeit politischer Steuerung bestimmt wurde.

Abb. 3: Wirtschaftliche Transformation im Zeitverlauf (BTI 2006 – 2026)



Anmerkung: Ohne Bhutan und Timor-Leste, die im BTI 2006 nicht untersucht wurden.

Die Region Asien und Ozeanien wies einen der ausgeprägtesten sozioökonomischen Gradienten aller Weltregionen auf (vgl. Tabelle 2). Die wohlhabenden Volkswirtschaften – Singapur, Taiwan und Südkorea – hielten ihre Spitzenpositionen in den zentralen Indikatoren menschlicher Entwicklung. Gleichzeitig standen sie jedoch vor strukturellen Herausforderungen wie einem Alterungsprozess, schrumpfenden Erwerbsbevölkerungen und steigenden Lebenshaltungskosten, die den Druck auf Haushalte der Mittelschicht verstärkten. In vielen Fällen blieb das Lohnwachstum hinter den Produktivitätszuwächsen zurück, und die Frage der Erschwinglichkeit von Wohnraum entwickelte sich zu einem vorrangigen politischen Konfliktfeld. Die oberen Schwellenländer – darunter China, Malaysia und Thailand – verzeichneten ein gemischteres Bild. Zwar blieben die Entwicklungskennziffern insgesamt stabil, doch vertieften sich die Gegensätze zwischen städtischen und ländlichen Räumen. Zudem sahen sich die Bildungssysteme mit der Aufgabe konfrontiert, Arbeitskräfte auf eine zunehmend digitale und ökologisch orientierte Wirtschaftsordnung vorzubereiten. In den unteren Schwellenländern – etwa Indien, Vietnam, die Philippinen und Indonesien – zählten die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zu den höchsten weltweit. Dennoch gelang es nur begrenzt, diese makroökonomische Dynamik in einen umfassenden sozialen Fortschritt umzusetzen. Weitreichende informelle Sektoren, eingeschränkter Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung in ländlichen Gebieten und eine geringe Passung zwischen Qualifikationen und Arbeitsmarktanforderungen behinderten eine inklusive Entwicklung. Am unteren Ende des Spektrums schließlich standen die einkommensschwachen und fragilen Staaten – darunter Afghanistan, Myanmar, Laos, Timor-Leste und Papua-Neuguinea. Sie waren von gravierenden Defiziten in der Infrastruktur, unterfinanzierten Bildungs- und Gesundheitssystemen sowie hohen Armutsraten geprägt. In Afghanistan und Myanmar führten politische Instabilität und gewaltsame Konflikte sogar dazu, dass frühere Fortschritte in Bereichen wie Alphabetisierung, Müttergesundheit oder Zugang zu sauberem Trinkwasser aufgehoben oder ins Gegenteil verkehrt wurden.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
Taiwan	Malaysia	China	Kambodscha	Afghanistan
Singapur		Thailand	Bangladesch	Myanmar
Südkorea		Indonesien	Nepal	Nordkorea
		Vietnam	Papua-Neuguinea	
		Indien	Timor-Leste	
		Philippinen	Laos	
		Bhutan	Pakistan	
		Sri Lanka		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Die Marktstrukturen der Region reichten von hochgradig wettbewerbsorientierten, regelbasierten Ökonomien bis hin zu staatsdominierten Systemen mit erheblichen Verzerrungen. Malaysia, die Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan und Vietnam verfügten über vergleichsweise offene und diversifizierte Märkte, die ausländische Direktinvestitionen aktiv anzogen und eng in globale Wertschöpfungsketten eingebunden blieben. Diese Staaten investierten gezielt in die Durchsetzung einer wirksamen Wettbewerbspolitik, senkten Markteintrittsbarrieren und verbesserten die regulatorische Transparenz. In hybriden Systemen wie China, Indien, Indonesien und Thailand koexistierten dynamische Privatsektoren mit strategischen staatlichen Eingriffen. China verschärfte die staatliche Kontrolle in Schlüsselbereichen wie Halbleiterindustrie, Finanzwesen und Immobilien, förderte zugleich jedoch weiterhin exportorientierte Fertigung in gezielt ausgewählten Branchen. Indien verfolgte einen Kurs selektiver Liberalisierung, öffnete sich für Investitionen insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien und der Industrieproduktion, hielt aber an protektionistischen Maßnahmen in der Landwirtschaft und einzelnen Industrie-sektoren fest. Am entgegengesetzten Ende des Spektrums standen staatsdominierte Märkte wie Afghanistan, Laos, Myanmar und Nordkorea, in denen wettbewerbsorientierte Privatwirtschaft nur in eng begrenztem Umfang möglich war. Hier erfolgte die wirtschaftliche Allokation primär entlang politischer Loyalitäten, militärischer Patronage oder unmittelbarer Kontrolle durch die herrschenden Eliten. Die Konsequenzen waren geringe Produktivität, strukturelle Unterinvestition und eine ausgeprägte Abhängigkeit von externer Hilfe oder informellen, oftmals illegalen Märkten.

Die makroökonomische Stabilität verbesserte sich in weiten Teilen der Region. Indien, Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan brachten die Inflation mithilfe einer vorsichtigen Geldpolitik und sinkender Energiepreise wieder in die Zielkorridore zurück. Vietnam und die Philippinen konnten Preissteigerungen eindämmen, ohne dabei auf wachstumshemmende Zinserhöhungen zurückgreifen zu müssen. Gleichwohl blieben Zonen akuter Verwundbarkeit bestehen. Pakistan, Sri Lanka und Laos waren auf Stabilisierungsprogramme des Internationalen Währungsfonds angewiesen, um Zahlungsbilanzkrisen abzuwenden. China gelang es zwar, die monetäre Stabilität aufrechtzuerhalten, doch stand das Land vor einem strukturell anders gelagerten Risiko:

steigender Verschuldung lokaler Gebietskörperschaften, die eng mit Landverkäufen und infrastrukturellen Großinvestitionen verknüpft war. Diese Gefahr wurde jedoch durch gezielte Interventionen der Zentralregierung eingedämmt. In fragilen oder konfliktbetroffenen Staaten war eine glaubwürdige Geldpolitik praktisch nicht vorhanden. Die afghanische Notenbank operierte außerhalb des internationalen Finanzsystems, während die Zentralbank Myanmars auf administrative Kontrollen setzte und damit wirtschaftliche Verzerrungen zusätzlich verschärfte. Rohstoffexportierende Länder wie Timor-Leste und Papua-Neuguinea wiederum erlebten erhebliche Einnahmeschwankungen infolge volatiler Weltmarktpreise und blieben damit stark gegenüber externen Schocks anfällig.

Der Schutz von Eigentumsrechten in der Region spiegelte die allgemeine Qualität der Regierungsführung wider. In offenen, regelbasierten Ökonomien – etwa in Singapur, Taiwan, Südkorea und Malaysia – wurden Eigentumsrechte durch unabhängige Justizorgane und verlässliche Rechtsrahmen wirksam durchgesetzt. Diese Institutionalisierung schuf Investitionssicherheit und begünstigte innovative Dynamiken. In autoritären, zugleich wachstumsstarken Kontexten – insbesondere in China und Vietnam – waren Eigentumsrechte zwar rechtlich anerkannt, blieben jedoch letztlich den politischen Prioritäten untergeordnet. Für ausländische Investoren bedeutete dies erhebliche regulatorische Unsicherheit, insbesondere in strategisch bedeutsamen oder politisch sensiblen Sektoren. In fragilen Staaten wie Afghanistan und Myanmar waren Eigentumsrechte weitgehend nicht durchsetzbar. Landenteignungen, willkürliche Beschlagnahmen und konfliktbedingte Vertreibungen stellten hier verbreitete Erscheinungen dar. Darüber hinaus erwiesen sich Landrechte von indigenen und Minderheitengruppen in mehreren Demokratien als umstritten. Konflikte um Entwicklungsprojekte in Indien, auf den Philippinen und in Indonesien machten die Spannungen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und den Interessen lokaler Gemeinschaften deutlich.

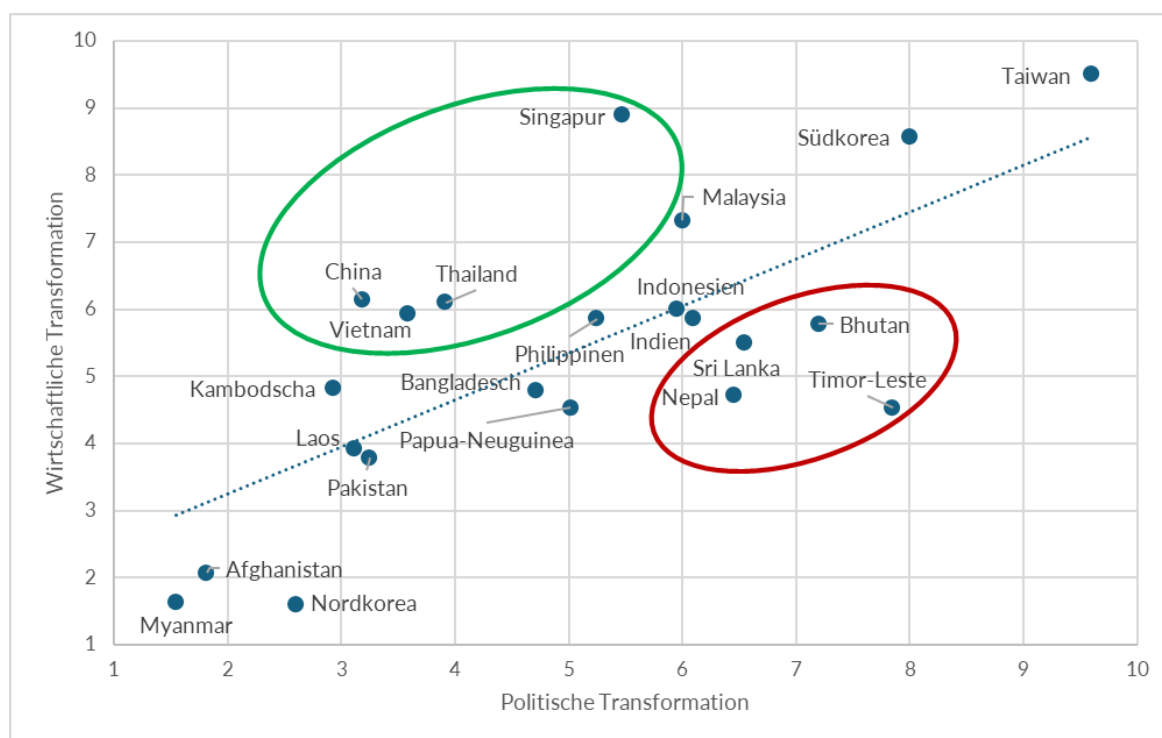
Die Systeme sozialer Sicherung wurden in Reaktion auf gestiegene Lebenshaltungskosten und pandemiebedingte Verwundbarkeiten selektiv ausgebaut. In Indien verbesserten digitale Direktüberweisungssysteme die zielgerichtete Verteilung und reduzierten Mitnahmeeffekte, während Singapur und Sri Lanka ihre Unterstützung für besonders gefährdete Haushalte ausweiteten. Bhutan hielt trotz fiskalischer Einschränkungen an einem universellen Zugang zu Gesundheits- und Bildungsleistungen fest. Autoritäre Staaten mit mittlerem Einkommensniveau wie Vietnam und China dehnten Renten- und Krankenversicherungssysteme zwar aus, doch konzentrierten sich die Leistungen vor allem auf Beschäftigte im formellen Sektor und in städtischen Räumen. Ländliche Bevölkerungsgruppen blieben dadurch sowohl im Umfang als auch in der Qualität der Absicherung benachteiligt. In einkommensschwachen Volkswirtschaften blieb die Sozialfürsorge stark von externer Entwicklungsfinanzierung abhängig und war entsprechend anfällig für Schwankungen in der Mittelbereitstellung. Zudem begrenzte die schwache Verwaltungskapazität die Wirksamkeit sozialer Sicherheitsnetze, wie etwa in Laos und Timor-Leste deutlich wurde.

Im Berichtszeitraum zeigte sich das Wirtschaftswachstum der Region in klar voneinander abgesetzten Stufen. Am oberen Ende standen Indien (rund 8 % BIP-Wachstum), Vietnam (7,09 %), Bangladesch (5,82 %) und die Philippinen (5,60 %), die zu den dynamischsten Performern zählten. Eine zweite Gruppe von Volkswirtschaften – darunter Indonesien, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan und Thailand – verzeichnete moderatere Zuwächse im Bereich von 1 bis 5 %. Dies spiegelte entweder den Reifegrad ihrer Ökonomien oder die dämpfenden Effekte einer rückläu-

figen externen Nachfrage wider. Am unteren Ende des Spektrums wiederum kam es in Afghanistan, Laos und Myanmar zu wirtschaftlicher Stagnation oder gar Schrumpfung. Hier wirkten sich politische Instabilität, die Folgen internationaler Sanktionen sowie gravierende Schuldenprobleme hemmend auf die wirtschaftliche Aktivität aus.

Der Klimawandel trat im Berichtszeitraum als makroökonomische Restriktion deutlich hervor. Extreme Wetterereignisse – Überschwemmungen in Bangladesch, Taifune auf den Philippinen, Hitzewellen in China und Indien – beeinträchtigten unmittelbar Landwirtschaft, Energieversorgung und Infrastruktur. Für wasser- und staudammbasierte Volkswirtschaften wie Bhutan und Laos führten Dürren zu erheblichen Engpässen in der Stromproduktion. China baute seine Kapazitäten im Bereich erneuerbarer Energien im Rekordtempo aus, auch wenn die Abhängigkeit von Kohle fortbesteht. Zahlreiche einkommensschwache Staaten verfügten weder über die fiskalischen Spielräume noch über die technologische Ausstattung, um wirksame Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel umzusetzen.

Abb. 4: Politische und wirtschaftliche Transformation im BTI 2026 im Vergleich



Insgesamt zeigte der wirtschaftliche Transformationsprozess der Länder Asiens und Ozeaniens sowohl eine bemerkenswerte Resilienz als auch tiefe strukturelle Bruchlinien. Das makroökonomische Gesamtbild verbesserte sich: Die Inflation ging in vielen Volkswirtschaften zurück, Verschuldungslasten stabilisierten sich und Handelsströme passten sich geopolitischen Verschiebungen an. Gleichwohl bleiben die zugrunde liegenden Bruchstellen – Defizite in der Regierungsführung, soziale Ungleichheiten und die hohe Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels – entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Region.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Stand der wirtschaftlichen und der politischen Transformation in Asien und Ozeanien ($r = 0,72$), was die grundlegende Interdependenz dieser beiden Dimensionen hervorhebt. Abbildung 4 veranschaulicht dies deutlich: Geschlossene Autokratien wie Afghanistan, Myanmar und Nordkorea weisen verheerende ökonomische Bilan-

zen auf, während Südkorea und Taiwan als Beispiele wirtschaftlich erfolgreicher liberaler Demokratien gelten. In vielen Fällen – darunter Bangladesch, Laos, Pakistan sowie Indonesien und die Philippinen – spiegelt der Grad der ökonomischen Transformation den Umfang der politischen Transformation unter den bestehenden Regimen eng wider. Von diesem Muster lassen sich jedoch zwei Gruppen markanter Ausreißer unterscheiden. Zur ersten Gruppe gehören autoritäre Systeme mit hohem Niveau wirtschaftlicher Transformation – namentlich China, Singapur, Thailand und Vietnam. Die zweite Gruppe bilden Bhutan, Nepal, Sri Lanka und Timor-Leste, die trotz (begrenzter) demokratischer Fortschritte ein vergleichsweise niedriges Niveau wirtschaftlicher Transformation aufweisen. Diese Staaten teilen mehrere strukturelle Nachteile: geringe Größe, Binnen- oder Inselgeographie, schwache Infrastruktur, eine lange Geschichte innerstaatlicher Gewaltkonflikte (Nepal, Sri Lanka) sowie entweder das Fehlen relevanter natürlicher Ressourcen (Bhutan, Nepal, Sri Lanka) oder eine ausgeprägte Abhängigkeit von einem einzigen Rohstoff (Timor-Leste). Vor dem Hintergrund dieser erschwerten Ausgangsbedingungen sind die demokratischen Leistungen dieser vier Länder durchaus bemerkenswert.

Governance

Die geringe Veränderungsdynamik im Niveau der demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation zeigt sich auch im regionalen Durchschnitt des Governance-Index aller 22 Staaten: im BTI 2022, also auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie, lag er bei 4,84 Punkten und im BTI 2024 betrug er nur noch 4,65. Im BTI 2026 liegt er fast unverändert bei 4,64 Punkten.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
Taiwan	Singapur	Malaysia	Thailand	Afghanistan ▼
	Bhutan	Indonesien	Pakistan	Myanmar
	Südkorea	Indien	Kambodscha	Nordkorea
	Timor-Leste	Papua-Neuguinea		
		Sri Lanka		
		China		
		Bangladesch ▲		
		Nepal		
		Vietnam		
		Laos ▲		
		Philippinen		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Der BTI 2026 bescheinigt Taiwan weiterhin eine sehr gute Governance. Im Gesamtranking des BTI 2026 belegt die Insel sogar den ersten Platz – und dies trotz des Rückgangs des Governance-Index von 7,70 Punkte im BTI 2024 auf 7,49 im BTI 2026. Die negative Entwicklung ist insbesondere der stärker werdenden Polarisierung zwischen den politischen Lagern zuzuschreiben, in deren Mittelpunkt die eng miteinander verknüpften Fragen der nationalen Identität und der Beziehungen zwischen Taiwan und Festlandchina stehen. In vier Ländern ist die Governance-

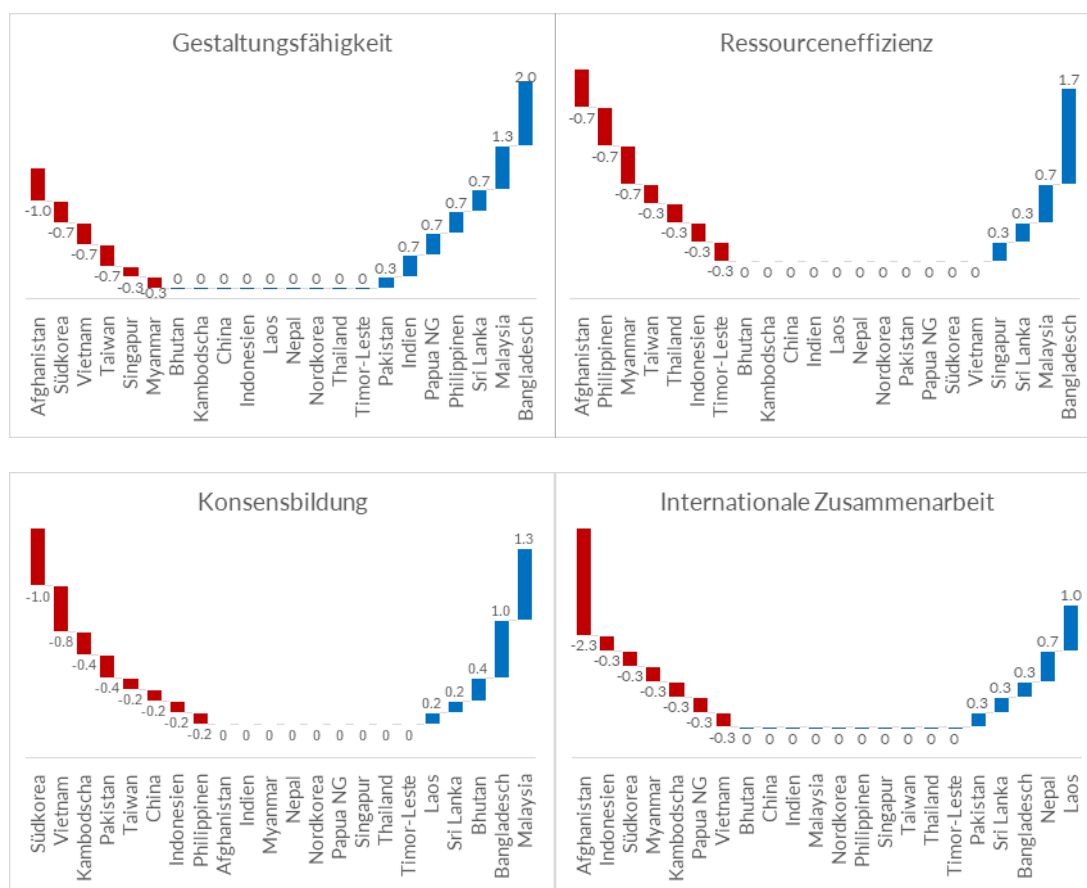
Leistung als Ganzes gut (vgl. Tabelle 3). In diesem Zusammenhang präsentiert sich Singapur als ein außergewöhnliches Beispiel für eine insgesamt gelungene politische Steuerung von Transformation. Obwohl die People's Action Party seit der Staatsgründung 1959 ununterbrochen die Regierung stellt und das auf sie zugeschnittene politische System die Möglichkeiten für politische Konkurrenz, öffentliche Kritik und Oppositionsarbeit deutlich einschränkt, belegt der autoritär regierte Stadtstaat den zweiten Platz im Governance-Ranking für Asien und Ozeanien und insgesamt Platz 8 aller BTI-Länder. In puncto effizientem Ressourceneinsatz liegt Singapur sogar an der Spitze des BTI-Rankings und bei der Gestaltungsfähigkeit auf Platz 2. Die größten Defizite der Governance bestehen weiterhin in der Konsensbildung, und hier insbesondere in der zivilgesellschaftlichen Beteiligung, sowie im Einfluss anti-demokratisch oder semiloyal eingestellter Eliten. Auffällig ist, dass mit Bhutan und Timor-Leste die zwei kleinsten Staaten in den Top 5 des regionalen Rankings reüssieren.

Auch Südkorea findet sich weiterhin in dieser Gruppe, wenngleich die konfrontative, autoritäre und teils erratische politische Führung von Präsident Yoon Suk-yeol zu einem Rückgang des Governance-Index auf jetzt noch 6,44 Punkte (von 6,79 Punkten im BTI 2024) beigetragen hat. Die im Regionalbericht zum BTI 2024 ausgedrückte Befürchtung, dass die 2022 gewählte Administration in alte, überwunden geglaubte Rollenmuster verfallen und versucht sein könnte, den Staats- und Sicherheitsapparat unter dem Vorwand der Bekämpfung pro-nordkoreanischer Umtriebe zu Bespitzelung und Einschüchterung gegen die liberale Opposition und progressive Kräfte in der südkoreanischen Gesellschaft einzusetzen, hat sich leider bestätigt. Gleichwohl sind einseitige Schuldzuweisungen zu vermeiden. Natürlich ist die Erosion der Governance-Qualität in Südkorea in den letzten Jahren auch Präsident Yoon anzukreiden, der als politischer Außenseiter, ohne vorherige Erfahrung in einem gewählten Amt, Präsident wurde. Aber auch die Opposition um den Kandidaten der Demokratischen Partei (und Nachfolger von Yoon), Lee Jae-myung, zeigte wenig Bereitschaft zu lösungsorientierter und kompromissbereiter Politikfindung. Praktisch mit Beginn von Yoons Amtseinführung begann er damit, das von der Opposition kontrollierte Parlament zu umgehen oder an den Rand zu drängen, während die Opposition versuchte, jegliche Vorhaben der Regierung zu blockieren. Die Folge waren politischer Stillstand und eine weitere Polarisierung von Politik und Gesellschaft. So lässt sich die Krise um das von Yoon am 3. Dezember 2024 verhängte Kriegsrecht und seine darauffolgende Amtsenthebung zwar einerseits als Lehrstück demokratischer Resilienz verstehen, da es Opposition, Abweichen in der Regierungspartei, Zivilgesellschaft und schließlich der Justiz gelungen ist, den Selbstputsch zu vereiteln und den demokratisch gewählten Präsidenten für sein Vergehen gegen die Demokratie politisch (sowie demnächst wohl auch strafrechtlich) zur Verantwortung zu ziehen. Andererseits ist dies bereits das zweite Mal in weniger als zehn Jahren, dass eine gewählte Regierung aktiv gegen zentrale Prinzipien, Prozesse und Praktiken der Demokratie vorgeht, ohne dass die südkoreanische Demokratie dies von vornherein verhindern zu können scheint. Während also die reaktive Widerstandsfähigkeit hoch scheint, muss die präventive Resilienz als deutlich schwächer gelten. Womöglich ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich dies auf die Fähigkeit des demokratischen Systems zur Eindämmung von autoritären Rückschritten auswirkt (Croissant 2024).

In nunmehr insgesamt elf Staaten, darunter sechs Demokratien und fünf Autokratien, ist die Gesamtqualität der Governance mäßig – was für Laos und insbesondere für Bangladesch eine Verbesserung gegenüber dem BTI 2024 bedeutet. Weitere Länder innerhalb dieser Kategorie verzeichneten substantielle Verbesserungen, so etwa Malaysia (+0,66) und Sri Lanka (+0,31), oder Verschlechterungen wie in Indonesien und Taiwan (jeweils -0,21) sowie Vietnam (-0,45).

In je drei Ländern ist die Governance schwach oder muss als gescheitert gelten. Letzteres gilt erstmals seit zwanzig Jahren auch für Afghanistan. Wie schon zu Beginn ihrer Machtübernahme im August 2022 zeigen die Taliban auch weiterhin keine Bereitschaft zu politischen oder gesellschaftlichen Reformen. Trotz der verbesserten Sicherheitslage stützt sich die Taliban-Regierung auf militärische Strukturen und autoritäre Befehle statt auf inklusiven Dialog oder rechtsstaatliche Verfahren. Gesellschaftliche Gruppen haben keinerlei Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der Taliban. Folglich ignorieren Entscheidungen der Regierung oft die Forderungen oder Bedürfnisse der Bevölkerung, und so mehren sich die Zeichen für einen Mangel an innerer Legitimität der neuen Ordnung. Auch international mangelt es den Taliban an Legitimität, da kein Staat sie als rechtmäßige Regierung des Landes anerkennt.

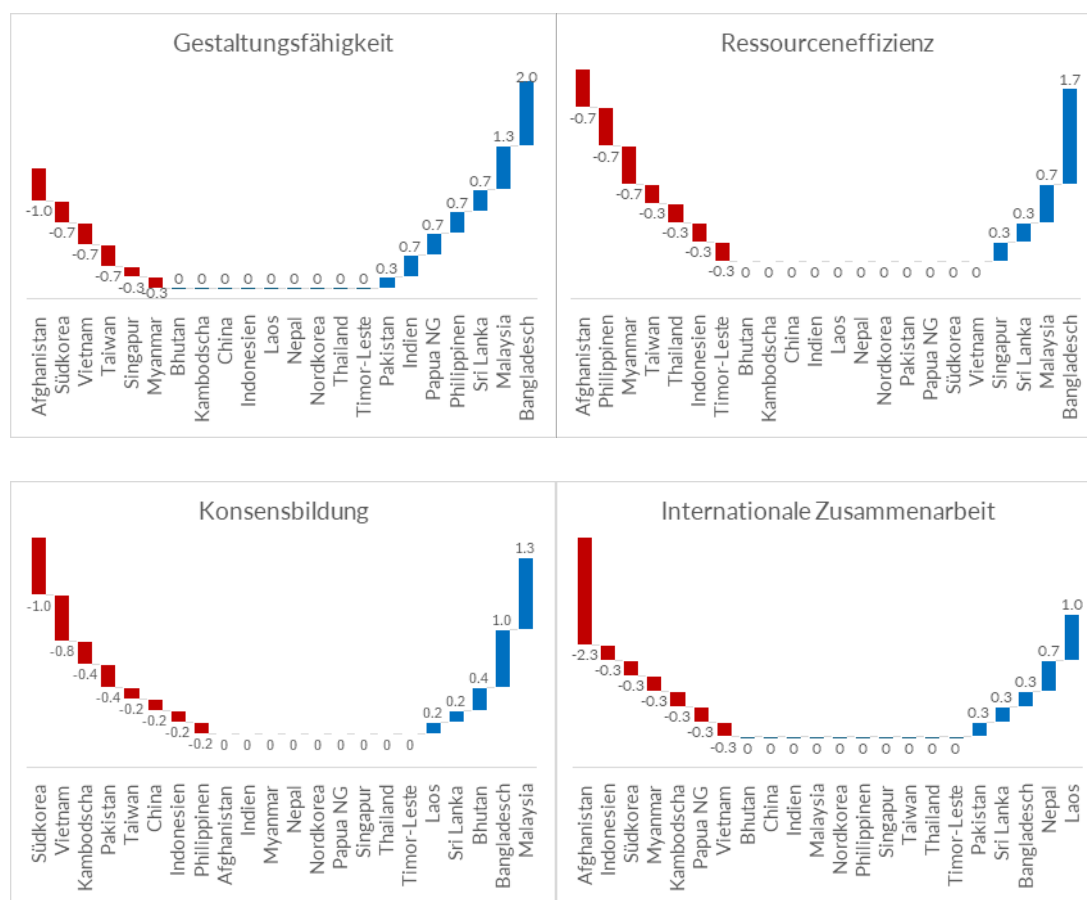
Abb. 5: Veränderung der Governance-Kriterien (BTI 2024–2026)



Während das Ausmaß der Verbesserungen in Laos in der Summe mit +0,29 Punkten relativ gering erscheint und sich vornehmlich auf den Bereich der internationalen Kooperation konzentriert, erzielt Bangladesch mit einer Verbesserung von +1,14 Punkten den vierthöchsten Zuwachs an Governance-Qualität unter allen Ländern im BTI 2026. Positive Veränderungen finden sich in vielen einzelnen Governance-Bereichen, vor allem aber beim politischen Lernen (von 2 auf 5), der Priorisierungsfähigkeit, der effektiven Nutzung von Ressourcen und der Antikorrupcionspolitik (jeweils +2 Punkte) sowie der Konsultation der Öffentlichkeit (von 3 auf 6 Punkte). Diese Veränderungen sind real, sollten aber nicht zum Anlass für allzu große Vorschusslorbeeren genommen werden. Der Sturz Awami-League-Regierung hat für Bangladesch eine einzigartige Chance geschaffen, die es zu nutzen gilt. Zahlreiche neu geschaffene Reformkommissionen haben Vorschläge zur grundlegenden Umgestaltung des politischen Systems, der Wirtschaft und der Regierungsführung gemacht, die als Grundlage für einen zwischen- und überparteilichen

Dialog dienen könnten. Bis zum Verfassen dieses Berichts (im August 2025) haben sich die Parteien jedoch noch nicht auf einen Termin für die nächsten Parlamentswahlen zur Ablösung der Übergangsregierung einigen können. Ein Scheitern der Konfliktlösung könnte zu einem politischen Stillstand und im schlimmsten Fall zu einer militärischen Machtübernahme führen. Zudem müssen die Führungskräfte und Anhänger des alten Regimes in die politische Landschaft reintegriert werden. Darüber hinaus hat die Regierung dringend Maßnahmen zu ergreifen, um Kriminalität, steigende Preise, sinkende Devisenreserven, monetäre Instabilität und Haushaltsdefizite einzudämmen sowie das öffentliche Vertrauen in die Regierung wiederherzustellen – Herausforderungen, die sowohl die Übergangsregierung als auch eine künftige gewählte Regierung stark belasten werden.

Abb. 5: Veränderung der Governance-Kriterien (BTI 2024–2026)

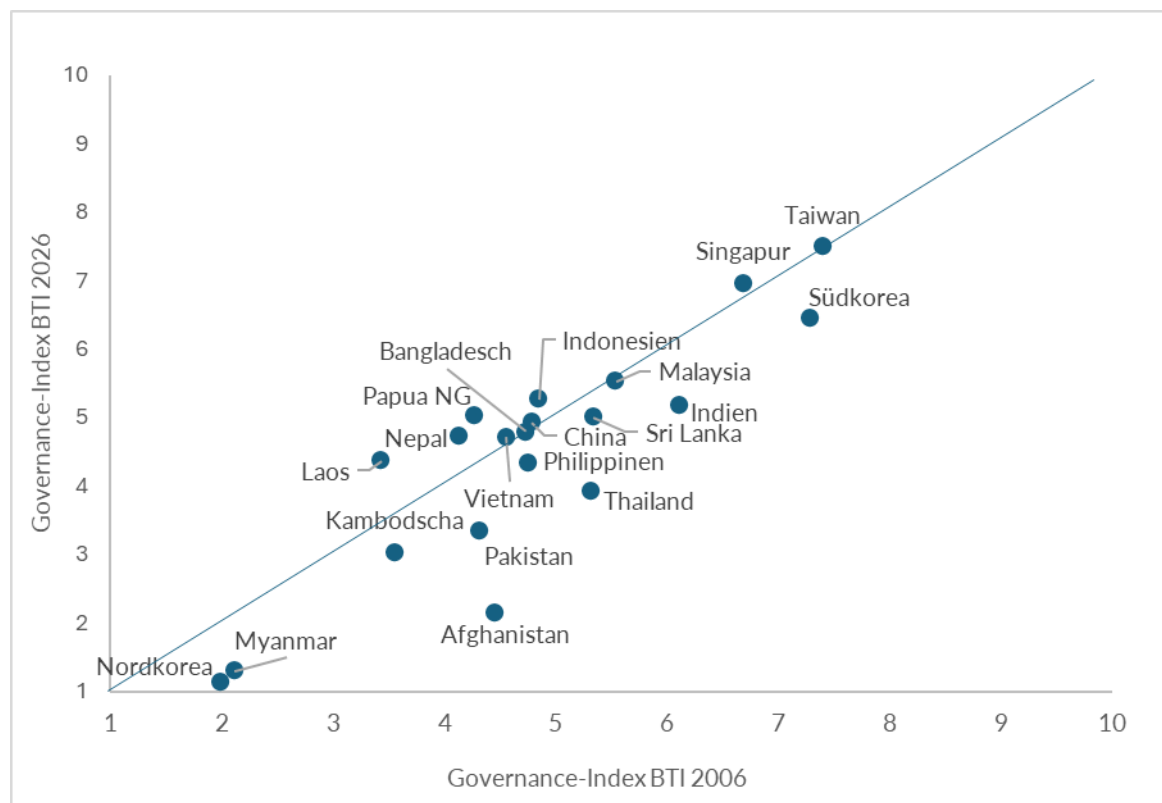


In der Region als Ganzes sind die Fähigkeit der politischen Entscheider zur Konsensbildung und ihr effektiver Ressourceneinsatz die schwächsten Governance-Kriterien. Im Vergleich dazu ist die internationale Zusammenarbeit deutlich besser entwickelt. Die politische Gestaltungsfähigkeit hat sich im regionalen Durchschnitt um 0,12 Punkte verbessert. Allerdings zeigt Abbildung 5, dass in der Mehrzahl der Länder (mit den genannten Ausnahmen) einzelne Kriterien der Governance nur geringfügige oder keine Änderungen erfahren haben.

Erneut lohnt der abschließende Blick auf die langfristige Entwicklung der Governance-Leistung in der Region über die letzten zwei Jahrzehnte. Dabei zeigen insgesamt elf der zwanzig Länder, die bereits im BTI 2006 untersucht wurden, eine Verschlechterung ihrer Governance-Leistung. Besonders ausgeprägt ist die Erosion von Governance-Qualität in Afghanistan (-2,32), Thailand (-1,36), Pakistan (-0,97), Nordkorea (-0,84), Indien (-0,83), Südkorea (-0,81) und Myanmar (-

0,74), d.h. in rückschrittigen Demokratien oder verhärteten Autokratien. Das weist darauf hin, dass sowohl zwischen den Niveaus als auch zwischen den Trends im Hinblick auf Governance-Leistung und Demokratie-Qualität ein Zusammenhang besteht. Im Gegensatz hierzu findet sich lediglich in drei Ländern eine Steigerung von mehr als fünf Prozent (d.h., 0,5 Punkten) im Governance-Index: Nepal (+0,57), Papua Neu-Guinea (+0,85) und Laos (+0,89). Wie unmittelbar zu erkennen ist, handelt es sich hierbei um Transformationsstaaten auf einem eher geringen Ausgangs- und Endniveau der Governance-Qualität sowie einem eher schwachen Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation.

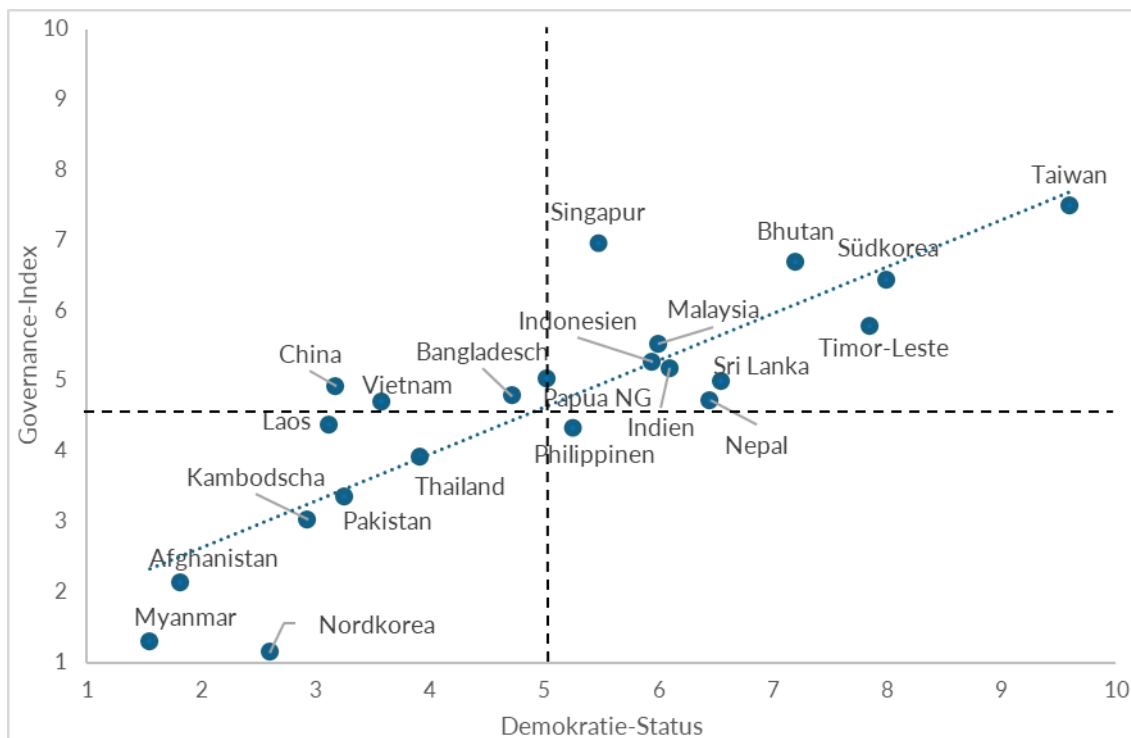
Abb. 6: Entwicklung der Governance im Transformationsprozess im Zeitvergleich



Anmerkung: Ohne Bhutan und Timor-Leste, die im BTI 2006 nicht untersucht wurden.

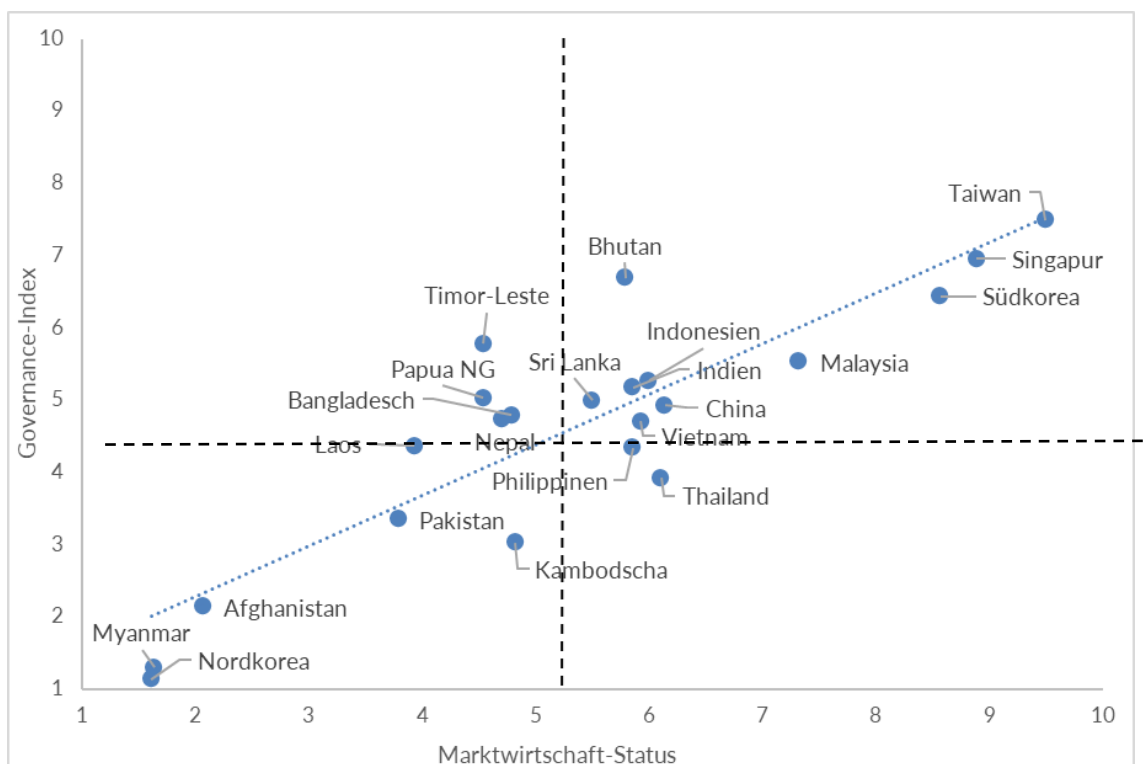
Das verweist auf einen substanziellen Zusammenhang zwischen Governance und Ergebnissen der Transformation in den beiden Dimensionen des BTI. Der Demokratiestatus beträgt im BTI 2026 durchschnittlich 5,01 Punkte; für den Governance-Index beträgt der (ungewichtete) Wert 5,24 Punkte. Wie in Abb. 7 zu sehen, fallen Staaten, deren politische Entscheidungsträger nicht demokratisch legitimiert sind und die in der Gestaltung politischer wie sozioökonomischer Transformationsprozesse keinen oder schwachen demokratischen Anreizmechanismen sowie rechtsstaatlichen Kontrollen unterliegen, häufig gegen solche Länder ab, die besser entwickelte demokratische Strukturen aufweisen. Tatsächlich ist Singapur die einzige Autokratie mit einer deutlich überdurchschnittlichen Qualität der Regierungsführung. Vier weitere autoritäre Regime (China, Vietnam, Bangladesch, Papua Neu-Guinea) liegen leicht über dem regionalen Durchschnitt.

Abb. 7: Governance und politische Transformation, BTI 2026



Ein ähnliches, aber weniger eindeutiges Bild ergibt der Vergleich von Governance mit dem Stand der marktwirtschaftlichen Transformation. Zwar ist Singapur die einzige Nicht-Demokratie, die auch in der Kombination von guter Governance und einem sehr hohen Stand der ökonomischen Transformation überzeugen kann. Jedoch liegen auch Autokratien wie China und Vietnam in dem Bereich der Staaten mit (leicht) überdurchschnittlicher Governance und wirtschaftlicher Transformation.

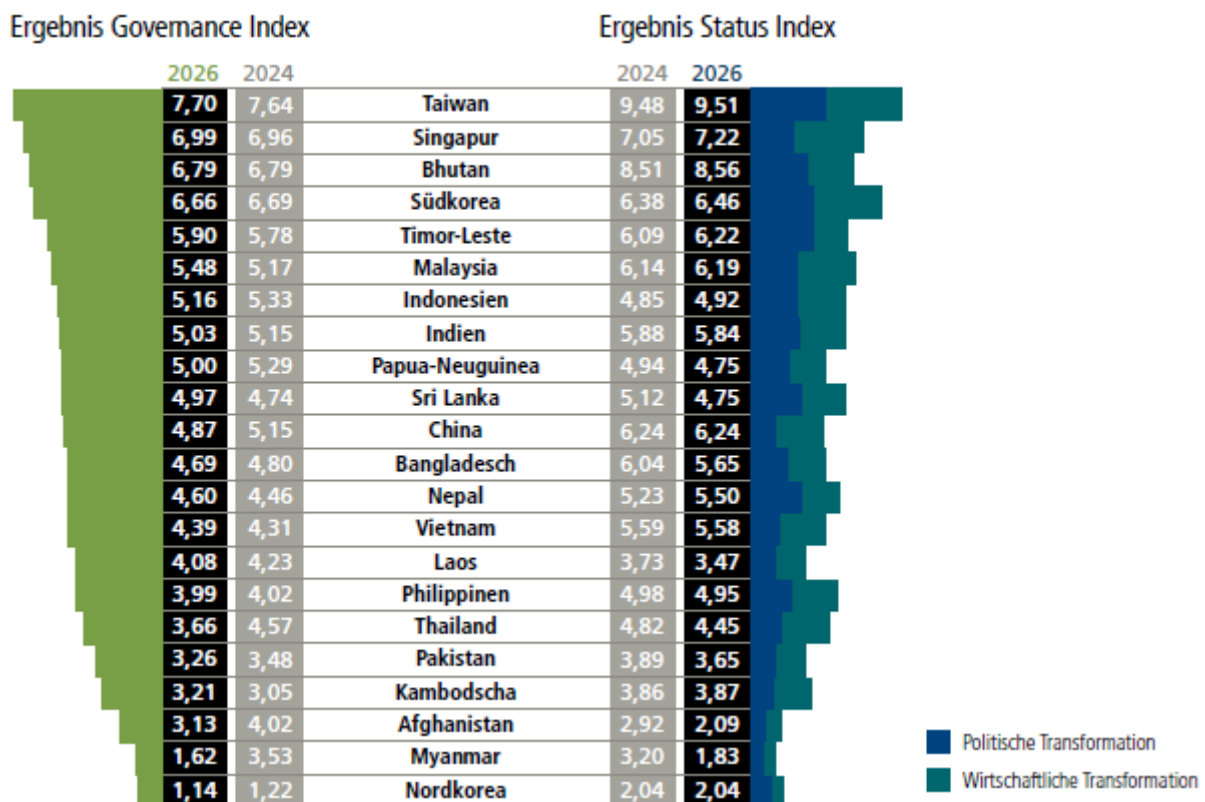
Abb. 8: Governance und wirtschaftliche Transformation, BTI 2026



Ausblick

Der BTI 2026 konstatiert für Asien und Ozeanien eine beachtliche Resilienz gegenüber multiplen Krisen – Pandemie, Energie- und Nahrungsmittelschocks, geopolitische Spannungen. Zugleich bestehen strukturelle Verletzlichkeiten fort, die den weiteren Transformationspfad prägen. Politische Transformation, wirtschaftliche Transformation und Governance bleiben dabei eng miteinander verflochten.

Die Region bleibt politisch gespalten: Zwölf Autokratien stehen zehn Demokratien gegenüber. Während Malaysia und Sri Lanka leichte Fortschritte erzielten, dominieren in Afghanistan, Myanmar und Pakistan Rückschritte und autokratische Verhärtung. In Indonesien führte die dynastische Machtpolitik unter Jokowi und sein Bündnis mit Prabowo die Demokratie an den Rand der Autokratie. Gleichzeitig zeigten Taiwan und Südkorea bemerkenswerte Widerstandskraft. In Seoul verhinderten Zivilgesellschaft und Parlament im Dezember 2024 die Etablierung eines Ausnahmezustands, in Taiwan bestätigten freie Wahlen den demokratischen Kurs trotz wachsender Polarisierung. Diese Fälle unterstreichen, dass demokratische Resilienz zwar vorhanden ist, aber in hohem Maße reaktiv bleibt. Die Fähigkeit demokratischer Institutionen, autoritäre Rückschritte zu verhindern oder zumindest einzudämmen, ist oftmals bedenklich schwach.



Ökonomisch gelang vielen Staaten die Rückkehr zu Stabilität: Inflation wurde in Indien, Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan auf Zielkorridore reduziert, Vietnam und die Philippinen stabilisierten Preise ohne rezessionsfördernde Zinserhöhungen. Doch die Wachstumspfade divergierten deutlich. Indien, Vietnam, die Philippinen und Bangladesch zählten zu den dynamischsten Performern, während reife Volkswirtschaften nur moderat wuchsen und fragile Staa-

ten wie Afghanistan, Myanmar und Laos stagnierten. Soziale Inklusion blieb hinter der makroökonomischen Dynamik zurück. Lohnzuwächse hinkten in vielen Ländern hinter der Produktivität her, Wohnraum blieb ein politischer Konfliktfaktor, ländliche Räume litten unter Defiziten bei Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Systeme sozialer Sicherung wurden zwar ausgebaut, blieben aber selektiv. Klimawandel erwies sich als makroökonomische Restriktion: Dürren belasteten wasserabhängige Volkswirtschaften, Überschwemmungen und Taifune beeinträchtigten Landwirtschaft und Infrastruktur. Zwar baute China erneuerbare Energien massiv aus, doch Kohleabhängigkeit und geringe Anpassungskapazität vieler kleinerer Staaten begrenzten Fortschritte.

Die Qualität der Governance stagnierte im regionalen Mittel auf niedrigem Niveau. Positive Ausnahmen sind Taiwan, das trotz Polarisierung Platz eins im BTI-Gesamtranking hält, sowie Bhutan und Timor-Leste, die unter schwierigen Bedingungen konsistente Steuerungsleistungen zeigen. Singapur kombiniert autoritäre Strukturen mit hoher Effizienz in Ressourcennutzung und strategischer Planung, bleibt aber in Konsensbildung und zivilgesellschaftlicher Beteiligung defizitär. In vielen Ländern verschlechterte sich die Governance-Qualität spürbar. Südkorea litt unter Polarisierung und institutioneller Blockade, Indien und Indonesien unter wachsender Vetomacht populistischer Eliten. In Afghanistan und Myanmar brach die Steuerungsfähigkeit nahezu vollständig zusammen. Fortschritte in Bangladesch und Laos blieben punktuell und fragil. Strukturell erweist sich die mangelnde Konsensfähigkeit als größte Schwäche. Effektiver Ressourceneinsatz bleibt ebenso defizitär, während internationale Kooperation vergleichsweise besser entwickelt ist. Die Daten verdeutlichen, dass autoritäre Systeme zwar punktuell überdurchschnittliche Governance-Leistungen erzielen, aber in der Breite schlechter abschneiden. Nur Singapur bildet eine Ausnahme. Demokratien schneiden trotz Defekten insgesamt besser ab.

Die enge Korrelation zwischen politischer und wirtschaftlicher Transformation zeigt die Interdependenz der beiden Dimensionen. Liberale Demokratien wie Taiwan oder Südkorea verbinden politische Offenheit mit stabiler wirtschaftlicher Entwicklung. Geschlossene Autokratien wie Nordkorea, Myanmar und Afghanistan sehen sowohl politische Repression als auch ökonomischen Niedergang. Ausnahmen bestätigen jedoch die Regel: China, Vietnam, Singapur und Thailand erreichen hohe ökonomische Werte trotz autoritärer Strukturen, bleiben aber durch wachsende Verschuldung, soziale Ungleichheiten und politische Verhärtung verwundbar. Bhutan, Nepal, Sri Lanka und Timor-Leste zeigen trotz demokratischer Fortschritte nur geringe wirtschaftliche Transformation, was jedoch strukturelle Faktoren wie Größe, Geografie oder Ressourcendefizite reflektiert. Governance wirkt in diesem Dreiecksverhältnis als Katalysator: Wo sie schwach bleibt, kann weder demokratische Öffnung noch ökonomische Dynamik nachhaltig wirken.

Für die kommenden Jahre lassen sich vor allem drei zentrale Herausforderungen benennen: Demokratien müssen Polarisierung abbauen und institutionelle Prävention gegen Autokratisierungsversuche stärken. Autokratien wiederum stehen vor der Frage, ob sozioökonomische Spannungen ohne politische Reformen kontrollierbar bleiben. Dauerhafte Legitimität hängt dabei weniger von Wachstumsraten als von gerechter Verteilung und Klimafähigkeit ab. Effektive, transparente und inklusive Steuerung entscheidet über Erfolg oder Scheitern der Transformation. Ohne Fortschritte in Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle und Konsensbildung drohen viele Staaten in Abhängigkeiten – sei es von geopolitischen Patronen, externer Hilfe oder informellen Märkten – zu verharren.

Asien und Ozeanien ist ein Labor für innovative Pfade und zugleich ein Brennpunkt für Krisendynamiken. Der BTI 2026 zeigt, dass weder ökonomische Erfolge noch partielle Reformen ohne gute Governance tragfähig sind. Politische Transformation, wirtschaftliche Transformation und Governance bilden ein Dreiecksgefüge, in dem Defizite in einem Bereich die Fortschritte in den anderen unterminieren. Die Zukunft der Region hängt davon ab, ob es gelingt, diese drei Dimensionen in ein Gleichgewicht zu bringen.

Literatur

Colley, A. and Dukalskis, A. (2025). Dictating the Agenda. The Authoritarian Resurgence in World Politics. Oxford: OUP.

Croissant, A., (2024). Democratic Regression and Resilience in South Korea: Lessons from the Martial Law Crisis. Global Asia 19(4), https://www.globalasia.org/v19no4/feature/democracy-in-south-korea-lessons-from-the-martial-law-crisis_aurel-croissant.

Ding, I., & Slater, D. (2020). Democratic decoupling. Democratization, 28(1), 63–80. <https://doi.org/10.1080/13510347.2020.1842361>.

Gerschewski J. (2023). The Two Logics of Autocratic Rule. Cambridge: CUP.

Korea JoongAng Daily (2024). Transcript: President Yoon Suk Yeol's speech to declare emergency martial law. <https://koreajoongangdaily.joins.com/news/2024-12-04/national/politics/Transcript-President-Yoon-Suk-Yeols-speech-to-declare-emergency-martial-law-/2191990>.

Lott, L. and A. Croissant (forthcoming). Autocratic Deepening, in Handbook of Democratization and De-Democratization, ed. by M. Bogaards.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2026

ISBN

978-3-68933-009-5

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de